Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.05 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 1gespalt. 39mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annoncenbureaus u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 M. Anzeigenannahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 12, Ecke Bernhardstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 177. Halle, Dienstag, den 15. April. 1919.

Ernährungsdebatte in Weimar.

Die Sozialisierung auf dem Rätekongreß.

Der Rätekongreß erledigte am Sonntag den wichtigsten Punkt seiner Tagung: Die Anträge über den Ausbau des Rätesystems. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Haufschild folgende Erklärung ab: Mit tiefem Bedauern und Abscheu haben wir heute die Nachricht von der Ermordung des Genossen Neuring,

des sächsischen Kriegsministers, gelesen. (Die Kongreßmitglieder erheben sich von ihren Plätzen.) Die sozialdemokratische Fraktion und die Fraktion der Unabhängigen haben mich ersucht, den Kongreß aufzufordern, seinen tiefen Abscheu vor diesem furchtbaren Akt der Lynchjustiz auszudrücken. Ich spreche im Namen des gesamten Kongresses, wenn ich feststelle, daß der zweite Rätekongreß mit Entrüstung von der Dresdener Bluttat Kenntnis genommen hat. Der Kongreß appelliert an die werktätige Bevölkerung Deutschlands, dafür Sorge zu tragen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats nicht durch solche Bluttaten befleckt wird. Sie haben sich meinen Worten angeschlossen, ich danke Ihnen."

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Kongreßteilnehmer von der Stadt Berlin nur für sechs Tage mit Lebensmitteln versorgt

werden können, so daß sie von Montag ab nicht mehr verpflegt werden können. Außerdem reiche das Geld nicht, um für Montag noch Diäten zu zahlen.

Nach einer weiteren Reihe von Rednern erhält das Schlußwort als Korreferent zunächst Däumig. Er wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Ministers Wissell, der ihm vorgeworfen habe, eine überflüssige Stimmung gegen die Gegenrevolution zu erzeugen. Eine Vendée sei tatsächlich in Vorbereitung. Der

Landrat von Bitterfeld

hat ja einen ganzen Kriegsplan gegen die Revolution durch Bewaffnung des flachen Landes ausgearbeitet. Den zweiten Teil des Erfurter Programms betrachtet Däumig nicht als Evangelium. Wenn man das Volk aus seiner Erniedrigung wieder heben will, muß man

ihm Vertrauen zu sich selber beibringen.

Uns allen steckt noch viel zu sehr der „Untertan", wie ihn Heinrich Mann geschildert hat, in den Knochen. Manche von unseren Ministern führen ja einen Kleinkrieg gegen die reaktionären Beamten in ihren Ministerien. In der auswärtigen Politik sind gerade zurzeit, wo Haase als Volksbeauftragter das Auswärtige leitete, die größten Fehler geschehen. Was den Redner von Cohen und Kaliski trennt, ist der Standpunkt gegenüber dem Unternehmertum. Vor zwei Monaten hätte man vielleicht noch die Unternehmer in die Produktionsräte hineinbringen können. Heute ginge die Arbeiterschaft nicht mehr darauf ein. Auf diesem Wege ist eine gedeihliche Arbeit gegenüber der Nationalversammlung, wo das Unternehmertum schon in solcher Stärke vertreten ist, nicht mehr möglich. Der Rätegedanke gibt heute noch kein abgeschlossenes Bild. Es besteht in den Köpfen der Millionen draußen noch gründlicher Aufklärung. Dafür muß der Zentralrat durch eine ausgedehnte Propaganda sorgen und muß die Mittel dafür zur Verfügung stellen. Bringen wir Klarheit in die Massen, so setzt sich der Rätegedanke durch. Wenn nicht, so wird

die Furie des Bürgerkrieges entfesselt.

In das hohe Lied der Arbeit, das Kaliski gesungen hat, stimmen wir ein. In einer Gesellschaft die für die Allgemeinheit schafft, kann die Arbeit zum Lebensglück für den einzelnen werden. Dann werden wir wie Faust von dem Glücke sprechen können, „auf fremden Grund ein freies Volk zu sehen".

Das Schlußwort Cohen-Reuß: Unser Antrag ist von der U. S. P. D., von den Demokraten und von der Regierung abgelehnt worden. Am wenigsten Entgegenkommen hat die Regierung gezeigt. Der demokratische Redner hat gemeint, daß unsere Idee der berufsständischen Vertretung aus Bismarcks Küche stammt. Es ist gleich, woher der Gedanke kommt, wenn er nur gut ist. Reine Demokratie ist kein Ding an sich, das gibt es für politische Einrichtungen nicht. Und noch weniger als ein Demokrat darf ein Sozialist die Behauptung aufrecht erhalten. So wenig wie es eine einzig anerkannte Wahrheit geben kann, gibt es auch keine einzige anerkannte Demokratie. Ich habe schon auf dem ersten Rätekongreß die Notwendigkeit der Produzentenkammern vertreten. Däumig fürchtet, daß uns die Arbeiter davonlaufen, wenn die Unternehmer in den Produzentenkammern sitzen. Ich will die Rücksicht auf die Psychologie der Massen in weitestem Maß nehmen, kann aber nicht so weit gehen, daran die ganze Sache scheitern zu lassen.

Ohne die Unternehmer erhalten wir statt des Sozialismus das Chaos.

Cohen bespricht dann wieder die Zustände in Rußland und führt Gawronskis Broschüre „Die Bilanz des Bolschewismus" an, die aus bolschewistischen Quellen geschöpft hat und eine vernichtende Kritik des Bolschewismus enthält. Die Bolschewisten haben ein ganzes Heer von Beamten aufgestellt, das Milliarden von Rubeln verschlingt, und

nur auf diese Beamtenschaft stützt sich heute ihre Diktatur.

Däumig hat seinen Abscheu gegen Gewalttaten ausgesprochen, und die Überwiegende Mehrheit der Genossen von links denkt ebenso. Aber Sie werden es nicht mehr in der Hand haben, gegen die Gewalt zu gehen. München, Braunschweig, Bremen: keine Regierung kann ohne vorübergehende Diktatur auskommen. Das hat sich dort gezeigt. Aber es ist etwas anderes als die Diktatur aus Prinzip, die unbedingt den Terror zur Folge haben muß. Und wir werden schneller in den Abgrund stürzen, als Rußland bei seinen wirtschaftlichen Grundlagen.

Was in dieser Stunde auf diesem Kongreß nicht geschieht, wird in den nächsten Wochen und Monaten nicht mehr gut gemacht werden können. Deshalb überlegen Sie die Entscheidung gründlich. Weite Kreise meiner Fraktion sind von der Notwendigkeit durchdrungen,

das Proletariat wieder zu einigen,

aber dann muß man von beiden Seiten aus zu Verzichten bereit sein. Ich glaube, daß wir mit unserem Antrag eine Linie gefunden haben, auf der die Einigung möglich ist. Gelingt das, dann wird der Ertrag dieses Kongresses ein ungeheurer sein, dann wird man sagen können: Der zweite Rätekongreß ist es gewesen, der den Weg aus dem tiefsten Dunkel zur Arbeit und Ordnung, zu Freiheit, Glück und Sozialismus gewiesen hat.

Hierauf werden die Abstimmungen vorgenommen. Nach Ablehnung der Anträge der Unabhängigen wird der sozialdemokratische Antrag über die zukünftige Gestaltung Deutschlands und das Rätesystem mit großer Mehrheit angenommen. Es wird ein Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, für die Finanzierung der Arbeiterräte zu sorgen. Die heutige Schlußsitzung wird das Referat Kautskys über die Sozialisierung bringen.

Berlin, 14. April. (Eig. Drahtnachricht.) Heute stand das Thema Sozialisierung zur Debatte: An Stelle des vorgesehenen Berichterstatters Kautsky, der krank daniederliegt, las dessen Gattin das Referat vor. Die Sozialisierung sei nur zu verstehen, wenn man auch den Kapitalismus versteht. Sozialismus bedeutet Aufhebung des Kapitalismus und Hebung der Produktion auf der vom Sozialismus geschaffenen Grundlage. Auf der einen Seite stehen die besitzlosen Arbeiter, die nur ihre Arbeitskraft haben, auf der anderen Seite die Kapitalisten, denen die Produktionsmittel gehören. Die Arbeiter müssen nicht nur soviel arbeiten, um den Wert ihres Lohnes zu erreichen, sondern sie werden von den Kapitalisten dazu gedrängt, mehr Werte zu erarbeiten, die den Unternehmern zugute kommen. Der Profit ist um so größer, je größer die Zahl der Arbeiter, je geringer der Lohn, je länger die Arbeitszeit und je technisch vollkommener der Betrieb ist. Daher auch der Drang der Unternehmer nach einem beständigen Fortschreiten der technischen Hilfsmittel. Diese fördert zwar auch die Produktion, nimmt aber unter dem kapitalistischen System immer mehr die Form eines

Kampfes der Maschine gegen den Arbeiter an.

Sozialismus ist nicht unter allen Umständen möglich, das sollte für jeden Marxisten Binsenwahrheit sein. Das Referat geht dann auf die einzelnen Formen ein, die Kapitalismus und Arbeit genommen haben. Die Produktionsgenossenschaften brachten zwar auch Vorteile, aber sie waren im allgemeinen nicht geeignet, den Kapitalismus zu überwinden. Die Mehrzahl der Produktionsgenossenschaften im vorigen Jahrhundert sind zugrunde gegangen und sie waren kein geeignetes Mittel, der Unsicherheit der Existenz der Arbeiter ein Ende zu machen. Kautsky behandelt dann als zweite Form die Aktiengesellschaften, die ihrem Wesen nach besonders zur Verstaatlichung geeignet erscheinen. Die Verstaatlichung aber braucht keine Vorteile zu bringen, wenn der Staat nicht der Leiter, sondern der Herrscher ist, die Initiative nicht von unten, sondern von oben kommt und weil dadurch ein verknöcherter Bureaukratismus Platz greift. Wo Staatsbetriebe mit privaten Betrieben konkurrieren, sind sie immer unterlegen. Die Produktion ist nicht gesteigert, sondern vermindert worden. Als weiteres Argument gegen Verstaatlichungen führt Kautsky dann das Verlangen der Arbeiterschaft an, nicht nur eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen, sondern auch mitbestimmend auf den Gang der Produktion einwirken zu können. Aus diesem Grunde haben auch die englischen Arbeiter [illegible] Kapitalismus [illegible]

Reichsminister Schmidt über Deutschlands Ernährung.

Die große Schuld der Streiks. — Die Verteilung der ausländischen Lebensmittel. — Risiko und Preisgestaltung. — Ein Unabhängiger für erhöhte Arbeit und Produktion.

Weimar, 14. April. Nachmittags 2 Uhr.

Der Abgeordnete Dietrich-Baden (Dem.) hat sein Mandat niedergelegt.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Lebensmittelinterpellation.

Abg. Noeble (Soz.): Die Entente nützt unsere Notlage gewiß aus, aber die Verhältnisse werden noch verschlimmert durch die fortwährenden Streiks, deren Folge ein stetiges Sinken der deutschen Valuta ist. Unsere Arbeiter sollten sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. Im Notfalle müßten Reichsmittel zur Verfügung stehen, damit auch der Minderbemittelte sich ausländische Lebensmittel kaufen kann.

Ernährungsminister Schmidt:

Was mich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beunruhigt, ist, daß in letzter Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfange geplündert worden, und daß die Lebensmittelzufuhr nur mit stärker militärischer Deckung gehen können. Eine Beunruhigung entsteht weiter dadurch, daß durch den

Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert

wird. Wir haben zu befürchten, daß die auf dem Wege befindlichen Lebensmittelschiffe, wenn wir nicht die finanziellen Mittel aufbringen können, noch auf der Fahrt umdirigiert werden und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. Wenn die Bergarbeiter eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so sage ich: Niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt als die Bergarbeiter durch ihre Streiks. (Mit erhobener Stimme:) Wenn in der Bevölkerung Unruhe vorhanden ist, so möge sich diese Unruhe an die einzig Schuldigen halten. Was die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so werde ich mich durch keine Vorstellungen davon abbringen lassen, die

bevorzugte Lieferung an die Großstädte

durchzuführen. Ich halte diese Bevorzugung auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig, denn es handelt sich dabei um Industriebezirke, die in erster Linie berufen sind, unser Wirtschaftsleben wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein

vorzügliches Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen.

Der Vorwurf, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlegt, ist unbegründet. Die einzigen Schuldigen sind in erhöhtem Maße wir selbst, weil nämlich infolge des Zusammenbruches unseres Wirtschaftslebens

unsere Valuta fortgesetzt ganz erschreckend sinkt.

Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. Wenn ich die fehlenden 600 000 To. Mehl zur Brotbereitung aus teurem ausländischen Mehl hinzufüge, so ergibt das ein Defizit für die Reichskasse von über einer Milliarde Mark, das sich noch um 1.5 Milliarden durch das Mehl erhöht, das ich für den Ausfall an Kartoffeln zur Verfügung stelle. Da ich die Reichskasse bei der Finanzlage nicht in Anspruch nehmen kann, muß ich

auf den Preis des Mehls eine Risikoprämie hinzuschlagen.

Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkarte ein größeres Quantum Mehl entnommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl nehmen und die Minderbemittelten Brot.

Was in meiner Kraft steht, wird geschehen, um die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu fördern. In diesem Bestreben kenne ich keinen wertvolleren Bundesgenossen als die deutsche Arbeiterschaft, wenn sie die Erzeugung steigert.

Abg. Schlack (Ztr.): Die hohen Preise für die ausländischen Lebensmittel können gerade von den schlecht gestellten kinderreichen Familien nicht bezahlt werden, die einer Verbesserung ihrer Ernährung am meisten bedürfen. Hier muß vom Reich Hilfe geleistet werden.

Abg. Dr. Bergshoeft (Dem.): Was uns jetzt

allein noch retten kann, ist die Arbeit.

Dazu gehört, daß eine andere Gesinnung in unserer Arbeiterschaft wachgehalten wird als sie jetzt maßgebend ist, und vor allen Dingen, daß die Zwangswirtschaft bei der Einfuhr und Verteilung der Rohstoffe beseitigt wird.

Abg. Arnstadt (Dn.): Wenn wir die eigene Erzeugung stärken und dem Landwirte ausreichende Preise gewähren, dann wird die Landwirtschaft wieder in die Lage kommen, unser Volk besser und billiger als jetzt zu ernähren. Die Regierung sollte alles tun, um unsere Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten.

Abg. Dr. Hue (U. Soz.): Wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, werden auch die Preise der ausländischen Lebensmittel sinken. Die

Zwangswirtschaft muß verschwinden

und an ihre Stelle muß treten strafte Selbstzucht der Landwirte und der Verbraucher.

Abg. Wurm (U. S.): Durch die Streiks wird allerdings unser Volksvermögen sehr geschädigt. Aber die Schuld trägt

die Wackelpolitik der Regierung.

Wenn unsere Bergwerke und unsere Industrien nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. Die Reichskasse muß das Defizit aus dem teueren Mehlpreis tragen und durch progressive Steuern aufbringen. Dem freien Handel werden schon viel zu viel Zugeständnisse gemacht.

Ernährungsminister Schmidt: Wenn es den Unabhängigen ernst ist mit dem Appell an die Arbeiterschaft, wieder zur Arbeit zurückzukehren, so möge sie ihren entsprechenden Appell an ihre Vertrauensleute im Ruhrgebiet richten. Bis jetzt haben sie das Gegenteil getan.

Oberst Waitz: Aus den militärischen Beständen ist bereits alles, was nicht unbedingt notwendig gebraucht wird, zur Verfügung gestellt worden.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung Dienstag, den 15. April, ½10 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190415012/fragment/page=0001

strebend gegenübergestanden, weil sie in ihm nur den Staatssozialismus sahen.

Sozialisierung bedeutet nicht Expropriation des Kapitals, sondern Organisation.

Zusammenwirken von Arbeitern und Unternehmern. Alle Menschen haben ein Interesse an der billigen Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen. Die Gewerkschaften haben auf dem Gebiete der Sozialisierung versagt und sich immer nur auf die Lohnkämpfe gegen den Kapitalismus beschränkt. Diesen ökonomischen Kampf werden sie jetzt an die Arbeiterräte abgeben müssen. Die Sozialisierung ist eine Machtfrage, und wenn das Kapital die Sozialisierung nicht gutwillig durchführen will, so muß eben der Arbeiter durch seine geschlossene Kraft dem Unternehmertum Sozialisierung aufzwingen. Wer die Sozialisierung beschleunigen will, muß darauf hinwirken,

die Macht der Arbeiterräte zu stärken.

Man kann aber nur schrittweise vorgehen und nur Betriebe sozialisieren, die dazu wirklich reif sind. Bei den Kohlengruben bedeutet die Sozialisierung leichte Arbeit. Dagegen hat sie sich auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu einem schweren Problem ausgewachsen. Hat man erst einen Schritt getan, so sind die folgenden bedingte Naturnotwendigkeit. Die Haltung der Regierung erweckt den Eindruck, als ob sie nicht mehr gewähren will, als unbedingt notwendig ist. Die Regierung muß eine Behörde schaffen, die mit den weitgehendsten Vollmachten ausgestattet wird. Wir brauchen ein Sozialisierungsamt, das vollkommene Bewegungsfreiheit hat in bezug auf die Enteignung selbst. Wenn er auf Schwierigkeiten der Sozialisierung hinweise, so geschehe dies nicht, um abzuschrecken, sondern um anzuspornen, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Frau Kautsky fährt fort: Wenn wir die Regierung kritisieren, dürfen wir nicht die Bedeutung einzelner Menschen überschätzen. Die Wurzel des Uebels ist die Spaltung des Proletariats. Durch sie ist die Revolutionsregierung in Abhängigkeit von Bureaukraten und Generalen begraben. Das freie Wahlrecht zeigt uns heute nur eine Frage im Stile der Zeit. Wäre das Proletariat einig gewesen, hätten wir eine einheitliche Regierung. Die Wahlen wären anders ausgefallen. Auf der anderen Seite faßt auch das bloße Rätesystem nicht das, was wir wollen. Das Gebiet, auf dem die Einigkeit des Proletariats das geringste Hindernis finden würde, ist das der Sozialisierung.

Gelingt uns das nicht, so gehen wir der schwärzesten Zukunft entgegen.

Gelingt uns die Einigung, dann ist die Revolution gerettet. Darum rufen wir Euch zu: **Proletarier Deutschlands, einigt Euch!**

Nun sprach **Kaliski** (Soz.): Ich bedaure, daß dieses mit so viel Interesse angehörte Referat nicht Karl Kautsky selbst halten konnte und erkläre, daß meine Fraktion in der Organisierung der Produktion, wie sie gestern vom Kongreß beschlossen wurde, die Grundlage für die Sozialisierung erblickt. **Der Aufbau der Produktion ist der wesentlichste Teil** der Sozialisierung. Der Redner ist der Ueberzeugung, daß auch Kautsky diese Auffassung teile. In Einzelheiten bietet die Resolution Kautsky reiche Angriffsflächen. Wir haben gehört, daß der Grundpunkt sämtlichen Seins das Kommunistentum sein soll. Das ist ein bedauerlicher Rückfall in die Zeit des Manchester-Gedankens. Die Produktion ist das Primäre. Wenn dagegen der Einwand erhoben wird, daß der Arbeiter auch Konsument ist, so ist das zu richtig, aber kein Kriterium. Ein Gegensatz von Konsument und Produzent kann nicht aufgestellt werden. Die Produktion ist der Träger der Wirtschaft. Die Vertreter sog. Konsumentenpolitik sagen uns, man müsse billig einkaufen können. Das ist weder sozialistisch noch ethisch.

Kein Zweifel, daß hohe Löhne und kurze Arbeitszeit die Preise der Waren verteuern.

Eine Gesellschaft, die nur auf Billigkeit ausgeht, hätte als Folge die Verelendung der Massen. Das erweist die Unmöglichkeit des Konsumentenstandpunktes. Gewiß darf die Produktion nicht das Ziel von Sondergewinn haben. Der Konsum muß eine Organisation finden, und auch eine weitere Organisation des Handels kann man sich vorstellen. Wenn die Verteilung von Waren stets nur Zweck der Produktion ist, dann ist auch Handelstätigkeit Produktion. Wenn der billige Preis das Ideal der Wirtschaft wäre, so könnte man das ja auch in den schwersten Kriegen erreichen. Aber niemals ist der niedrigste Preis das Zeichen von volkswirtschaftlicher Kraft und Wohlfahrt. Notwendige Ausgestaltung der Produktion ist das Ziel, dem wir zustreben müssen.

Nach Kaliski erteilt der Vorsitzende dem Arbeitsminister **Wissell** zu einer Erklärung der Regierung das Wort. Wissell führt aus: Ich kann im wesentlichen nicht dem Referat Kautskys zustimmen, und meine Polemik richtet sich nur gegen den Schlußteil der von Kautsky eingebrachten Resolution. Die Haltung der Regierung hat meiner Ueberzeugung nach in diesem Referat Kautskys eine Begründung erhalten, wie wir sie uns besser gar nicht hätten wünschen können. Ich muß bemerken, daß der abschließende Bericht der Sozialisierungskommission über diese Frage überhaupt noch nicht vorliegt. Die Ausarbeitung dieses Gesetzes befindet sich in Vorbereitung.

Nachdem Wissell geendet hat, erhält **Koenen-Halle** das Wort. Er

greift die Regierung heftig an

und versucht nachzuweisen, daß nur sie an dem Streit im Ruhrrevier schuldig sei, der das deutsche Wirtschaftsleben ruiniere. Die unabhängig. Sozialisten haben der Regierung wiederholt zahlreiche Vorschläge gemacht, aber alles hätte nichts genützt. Nachdem der Redner unter starker Unruhe der Mehrheitssozialisten auch gegen diese heftige Vorwürfe richtet, weil sie daran schuldig seien, daß der Sozialismus bisher nicht gekommen sei, bittet er das Haus, der Resolution Kautsky zuzustimmen.

Braß verliest eine Erklärung der unabh. Sozialisten, in der diese zu rechtfertigen sucht, daß sie gestern für die von der soz. Partei eingebrachte Entschließung nicht gestimmt habe. Der Vorsitzende teilt dann mit, daß um 1/23 Uhr Beratungen der mehrheitssozialisten und unabhängigen Fraktion stattfinden. Dann tritt die Mittagspause ein. Wiedereröffnung der Sitzung um 3 Uhr nachmittags. Zur Diskussion steht die Resolution Kautsky und die mit ihr zusammenhängenden Anträge.

Obwohl die Sitzung um 3 Uhr wieder beginnen sollte, war der Saal um 1/4 4 Uhr noch fast völlig leer. Nur wenige Kongreßmitglieder der demokratischen Partei waren auf ihren Bänken. Die Verzögerung wurde durch eine Sitzung veranlaßt, die während der Pause zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen abgehalten werde. In dieser Sitzung wurde über die

neue Zusammensetzung des Zentralrates

verhandelt. **Die Unabhängigen wollten in den Zentralrat nur dann eintreten, wenn er paritätisch zusammengesetzt sei.** Die Mehrheitssozialisten stellten sich jedoch demgegenüber auf den Standpunkt, daß ihnen 14 Sitze zustämen, während sie den Unabhängigen nur 10 Sitze zubilligen wollten. Ob die Unabhängigen darauf eingehen, kann man bis zur Stunde noch nicht sagen. Sollten die Unabhängigen in den Zentralrat hineinkommen, so wäre es ihnen nicht mehr möglich, derartig scharfe Kritik an dem Zentralrat auszuüben, wie sie dies bisher getan haben. Außer über die Zusammensetzung des Zentralrates wird in der Nachmittagssitzung über das Referat Kautsky und dessen Resolution weiterberaten. Es ist anzunehmen, daß die Resolution **Kautsky dem Zentralrat als Material überwiesen wird.** Im übrigen hofft man heute den Kongreß schließen zu können

*

Nachmittags betonte **Schulz-Hannover** die Notwendigkeit der Sozialisierung in den Heeresbetrieben. **Die Resolution Kautsky** wurde der Regierung überwiesen. Es folgte eine Debatte über die **Außenpolitik.** Dabei wurde die

Entsendung einer Studienkommission nach Rußland

gefordert. Dieser Antrag wird dem Zentralrat überwiesen. Ein Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, der die jetzige auswärtige Politik Deutschlands verwirft, wird angenommen.

Hierauf nahm der Kongreß die **Wahl des Zentralrates** vor. Ein Antrag, der den Zentralrat als höchste Instanz der deutschen Arbeiter- und Bauernräte erklärt und seine Mitgliederzahl auf 28 festsetzt, wird fast einstimmig angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen auf **paritätische** Zusammensetzung des Zentralrates wird abgelehnt. **Die Unabhängigen verweigern darauf die Mitarbeit im Zentralrat.** Der Zentralrat wird daher zunächst aus 21 Mitgliedern bestehen: 16 Mehrheitssozialisten, zwei Angehörigen der Soldatenfraktion, einem Demokraten, einem Bauernbündler, einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften. Sieben Sitze werden den Unabhängigen offen gehalten. Dann erfolgt noch die Wahl von neun Mitgliedern zum provisorischen Reichssoldatenrat. Gegen 8 Uhr wird der Kongreß geschlossen.

Die angebliche Einigung in der Entente.

Die Regelung in der Saarfrage. — Volksabstimmung nach 15 Jahren. — Deutschlands finanzielle Lasten. — Die neutrale Zone links und rechts des Rheins.

WTB. **Paris**, 14. April. Der von **Havas** veröffentlichte Bericht über die diplomatische Lage wiederholt und ergänzt die Angaben über die Regelung der Saarfrage dahin, daß

Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken

haben wird und die französischen Gesetze dort maßgebend sein werden. Deutschland wird verantwortlich bleiben für alle bezüglich Landeseinwohner eingegangenen Verpflichtungen, soweit ihre Rechte nicht durch das französische Gesetz anerkannt werden. Frankreich soll die Polizeirechte ausüben, die Staatshoheit aber dem Völkerbund zusehen, der die Verwaltung des Gebietes einer Art Direktorium von fünf Mitgliedern, nämlich einem Landesangehörigen, einem Franzosen und drei vom Völkerbund zu ernennenden, übertragen wird. Die Einwohner des Saargebietes werden alle politischen Rechte, auch Wahlen zu örtlichen Körperschaften, behalten können, aber

keine Abgeordneten in das deutsche Parlament senden. Dieser Zustand soll 15 Jahre dauern,

nach deren Ablauf die Einwohner das Recht haben sollen, über ihre weiteren politischen Verhältnisse durch Volksabstimmung zu entscheiden. Falls sie den Willen äußern, unter der Verwaltung ihres Heimatlandes zu bleiben, wird

Deutschland Frankreich die Bergwerke abkaufen müssen,

das jetzt deren volles Eigentum als Ersatz aller vom Feinde im nordfranzösischen Kohlengebiet angerichteten Schäden erhält. Der durch Sachverständige festgestellte Preis soll in Gold oder gleichwertigen Werten erlegt werden. Diese durchaus neuartige Regelung hat ihren Ursprung in der Anwendung der Grundsätze des Völkerbundes und entspricht einerseits den Grundsätzen der Alliierten, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Man kann hier nämlich wirklich nicht von einem Grundsatz der Annexion reden, da die Einwohner des Saarbeckens ja die volle Freiheit haben werden, ihre Staatsangehörigkeit zu wählen. Anderseits werden die materiellen Interessen Frankreichs auf diese Weise voll gesichert. Von dem gestern genannten Deckungsbetrag von 125 Milliarden Franken werden 52 Prozent Frankreich zufallen, alles in Gold, Rohstoffen, Waren oder marktgängigen Werten in Jahreszahlungen zahlbar, deren Mindestbetrag im Vertrage festgelegt wird. Deutschland wird die Entschädigungen und Wiedergutmachungen nach Ausschlägen erstatten. Denn es ist unmöglich, angesichts der Preisschwankungen für Rohstoffe und der Arbeitslosigkeit jetzt schon einen Tauschbetrag anzugeben. Schließlich werden

die Pensionen der französischen Militärpersonen,

die jährlich 4 Milliarden Franken erreichen, Deutschland zur Last fallen. Die Frankreich gegen einen neuen Angriff Deutschlands gewährten Sicherungen waren von neuem Gegenstand der Erörterungen des Viererrates, der eine rasche Erledigung der Angelegenheit wünscht und daher am Sonntag nachmittag lange tagte. Der französische Standpunkt in dieser Hinsicht ist sehr einfach. In militärischer Hinsicht: Das

linke Rheinufer wird neutralisiert.

Deutschland wird nicht das Recht haben, dort Truppen und Festungswerke zu unterhalten. Mit einem Wort: kein Mittel zu strategischem Vorgehen. In politischer Hinsicht bleibt die Souveränität Deutschlands unangetastet. Diese Art militärischen Servituts ist zeitlich nicht begrenzt. Die tatsächliche Besetzung der Rheinlinie wird, wie es scheint, ausschließlich durch französische Truppen geschehen, die die Brückenköpfe und Eisenbahnknotenpunkte besetzt halten werden

Schließlich ist

auf dem rechten Rheinufer die Bildung eines neuen militärischen neutralen Gebietes

in einer Breite von 50 Km. zu erwarten. Diese letzte Maßnahme, ebenso wie die Besetzung der Rheinbrücken, ist nur zeitweilig und wird nur 15 Jahre dauern. Sie wird in Kraft bleiben während der Ausführung der den Deutschen auferlegten finanziellen Verpflichtungen. Unsere Truppen werden staffelweise, entsprechend den geleisteten Zahlungen, zurückgezogen. Der Vertrag wird noch die Möglichkeit geben, die

Einschränkung der deutschen Rüstungen und die Begrenzung des Kriegsmaterials

zu kontrollieren. Alles dies wird nicht durch die Liga der Nationen sondern durch Bündnisse zwischen den Großmächten gewährleistet. Mit einem Wort: der Eindruck ist durchaus günstig, und es scheint, daß kaum noch Verzögerungen eintreten. Die Westgrenze Deutschlands und die Linienführung der Ostgrenzen ist geregelt einschließlich der Danziger Frage, wofür die Entscheidung prinzipiell schon festgelegt ist. Die Frage der Entschädigungen ist in der Grundsätzen schon gelöst. Die redaktionelle Fassung schreitet fort. In jeder Hinsicht hofft man, diese Woche mit den Fragen, die Deutschland angehen, abzuschließen.

Neuer Umschwung in München?

WTB. **Leipzig**, 14. April. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten" wird aus Bamberg gemeldet: Seit gestern abend hat die Regierung keinerlei direkte Verbindung mehr mit München und Augsburg. Es steht zu befürchten, daß in beiden Städten die Kommunisten wieder obenauf sind. Von Ingol-

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Ganzer.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten)

Ein merklicher Schatten der Enttäuschung lief über Rosemariens Gesicht und verdunkelte den hellen Schein der freudigen Erregung.

Sie hätte nichts Sehnlicheres gewünscht, als ein bedenkloses „Ja" zu hören. Denn das mußte doch unzweifelhaft ein außergewöhnliches Vergnügen, ja, mehr noch, eine ungemein interessante Begebenheit sein, mit einem Manne, der Dramen schuf, wohl auch Romane schrieb, unter einem Dache zu wohnen. Sie sah ja schon in ihrem Vater einen Menschen, der infolge seiner Liebschaft mit der Feder eine bevorzugte Stellung einnahm, wenngleich sie aus seinen philosophischen Schriften nicht klug wurde und ihnen daher auch naturgemäß nicht das geringste Interesse entgegenbrachte. Und nun gar erst dieser Dramendichter Heinz Bredenkamp! Einer, zu dem man ehrfürchtig, bewundernd emporsehen mußte. An Schiller dachte sie, an andere große Männer im Garten der Kunst. Hatte man sie gleich anerkannt, waren nicht auch ihnen Enttäuschungen beschieden gewesen?

Sie flocht heimliche Ruhmeskränze um Heinz Bredenkamps Dichterstirn, sie feierte ihn in tiefster Seele als leidenden, verkannten Heroen, als einen Märtyrer der Kunst.

Und man stand ihr darum nicht? Schickte nicht sein poetisches Träumen erhabenen Heldenernstes und kühlen Realitätensinns über das leicht entflammbare Herz eines jungen Mädchens.

Die Frau Doktor teilte nun zwar die schwärmerische Ansicht ihrer Tochter nicht vollständig, ja für Rosie [illegible]

Fach immer etwas übrig hatte. Aber sie wollte um ihres Neffen willen keine abschlägige Antwort erteilen, den sie im Andenken an seine Mutter, ihre Schwester Ruth, die den Kolonialwarenhändler Christian Land in Bredenbrück ein paar Jahre vor ihrer Eheschließung mit Beerbach geheiratet hatte und bald nach der Geburt des Hans Christian gestorben war, besonders gern mochte. Auch sagte sie sich, daß man halb verpflichtet sei, ihm den Gefallen zu tun, da er, auf seine Rechte verzichtend, einem guten Freunde davon ein Teilchen zukommen lassen wollte. Und schließlich genoß man ja in diesem Hause selbst nur etwas, was alle Tage ein Ende haben konnte.

Sie sagte das ihrem Gatten alles und stellte ihm auch vor, daß dem armen Bredenkamp mit dem Aufenthalt im Rosenhause gewiß gedient sein würde. Deshalb möchte sie ihn, ihren Gatten, bitten, sich die Sache noch einmal zu überlegen.

Nun war Friedrich Beerbach ein Mensch, der Bitten seiner Frau gegenüber die Gewährung nicht zu versagen vermochte, sofern dies im Bereiche der Möglichkeit lag. Wenn sie so mit ihrer freundlichen Ruhe auf ihn einsprach, sein Gesicht mit dem warmen Blick ihrer schön gebliebenen Augen streichelte und das helle, gütige Lächeln um ihren feingeschnittenen Mund spielte, dann war Friedrich Beerbach völlig unfähig, sie abzuweisen. Daß die Frau Doktor nun aber ihre Macht über den Herrn Doktor ausgenutzt haben könnte, um ihn immer mit seiner Meinung und seinem Willen in den Hintergrund zu drücken, das wird man bei der schon genügend bekannten Charaktereranlagung dieser Frau nicht vermuten, und es braucht daher erst gar nicht besonders betont zu werden.

Friedrich Beerbach stimmte also zu, machte damit [illegible] der Schatten der Enttäuschung aus Rosemariens Gesicht zugunsten der wiederkehrenden freudigen Erregung völlig schwand, und schrieb noch an demselben Tage an Hans Christian Land, daß dem Aufenthalte seines Freundes Heinz Bredenkamp im Rosenhause nichts im Wege stehe und man sich seiner gern annehmen würde.

Die Antwort aus Lübeck traf ungehend prompt ein. Denn auch der Maler Hans Christian Land gehörte, ebensowenig wie seine Verwandten im Rosenhause, zu den Leuten, die gegen die Beantwortung von Briefen einen tiefgehenden Widerwillen besitzen oder sich das merkwürdige Vergnügen machen, ihre Mitmenschen in der Kunst des Wartens zu erziehen.

Hans Christian Land dankte seinen freundlichen Verwandten, erzählte, daß Heinz Bredenkamp sich zuerst gesträubt habe, die Güte ihm völlig Fremder in Anspruch zu nehmen, sich aber schließlich doch freudigen Herzens dazu habe bewegen lassen, von der Erlaubnis Gebrauch zu machen. Er würde schon in der nächsten Zeit kommen und den Tag seines Eintreffens noch selbst anzeigen.

Um die Unterkunftsfrage erledigt zu wissen, beriet man sich dahin, daß es am praktischsten sei, eins der beiden Zimmer, die im Untergeschoß rechts vom Flur lagen, für Bredenkamp herzurichten. Praktisch war dies insofern, weil diese beiden Zimmer von einem Seitengange her, der sie von der Küche schied, so einen besonderen Eingang hatten, und das zweite Zimmer von Traute Wesselink als einer einzelnen Person benutzt werden konnte.

Man wurde gerade jetzt besonders lebhaft an sie erinnert, weil einen Tag nach Hans Christian Lands Brief auch ein solcher von ihr eintraf.

(Fortsetzung folgt.)

stadt aus ist eine militärische Aktion gegen München im Gange.

Wie demselben Blatte aus München direkt berichtet wird, setzte in den Morgenstunden des gestrigen Tages der erwartete Gegenstoß der Roten Garde ein, der es gelang, den Hauptbahnhof und verschiedene öffentliche Gebäude wieder in ihren Besitz zu bringen. Die Schießereien dauerten die ganze Nacht an. Nachdem auch das Post- und Telegraphengebäude in kommunistische Hand gefallen sind, ist eine Verbindung mit auswärts unmöglich. Heute morgen war die Lage noch nicht geklärt.

Schwere Kämpfe in München.

WTB. **Augsburg**, 14. April. Der Schnellzug D 40 nach München ging gestern abend statt um 10 Uhr erst um 4.12 Uhr ab. Er wurde nur bis Pasing abgefertigt, weil um diese Zeit im Münchener Bahnhofsraum heftige Kämpfe stattfanden. Es wurden Minen geworfen, und das Durcheinander war so groß, daß Freund und Feind sich nicht mehr auseinander konnten. 60 Verwundete wurden gezählt. Das Innere des Bahnhofsgebäudes wurde demoliert und geplündert. Heute ist der Verkehr nach München mit Schwierigkeiten verbunden. Die Züge werden abgefertigt, erreichen vor München im günstigen Fall aber nur Pasing. Es kommen jedoch keine Züge von München hierher. Die Strecke nach Neuulm ist wieder frei.

München völlig abgeschnitten.

WTB. **Augsburg**, 14. April. Bis heute ist weder eine telephonische noch telegraphische Verbindung mit München möglich. Auch der Personenverkehr von München aus ruht. Es gehen Gerüchte über schwere Unruhen durch die Stadt. Der Stadtkommandant Edelmann hat sich mit der Augsburger Delegation heute früh 7 Uhr 30 mit Sonderzug nach Bamberg begeben, um der Regierung Hoffmann über das Ergebnis der gestrigen Versammlung Mitteilung zu machen.

Die Unterwerfung Augsburgs.

WTB. **Augsburg**, 14. April. Der Augsburger A.- u. S.- und Bauernrat hatte eine Massenversammlung einberufen, um zur Räterepublik Stellung zu nehmen. Eine nach Tausenden zählende Menge hatte sich eingefunden. Vier Gewerkschaftsführer und Arbeiterräte begründeten die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Räterepublik. Sie teilten mit, daß eine Augsburger Abordnung in Bamberg mit der Regierung Hoffmann verhandelt habe, die folgende Bedingungen stellte: 1. die Augsburger Parteigenossen sind bereit, den Beschluß auf Anschluß an die Räterepublik rückgängig zu machen; 2. sie sind bereit, auf die Ausübung der Pressezensur und die Festnahme von Geiseln zu verzichten; 3. der Magistrat und das Gemeindekollegium werden wieder in ihre bisherigen Rechte eingesetzt; die Institution der revolutionären Tagungsräte wird aufgegeben und dem Beschluß der Regierung auf Errichtung einer Volkswehr auf neuer Grundlage unter Kontrolle einer Regierungsstelle zugestimmt. Die Fassung käme einer unbedingten Kapitulation gleich, aber die Macht der Tatsachen ließe keine Wahl zu. Die Forderungen wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Streiklage in Braunschweig.

WTB. **Braunschweig** 14. April. Die Unternehmer haben den Streikenden die Forderung gestellt, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie ihre Betriebe bis nach Ostern geschlossen halten würden. Die streikenden Arbeiter haben beschlossen, im Generalstreik zu beharren. Der Beamten- und Kutscherstreik dauert fort. Dem Beamtenstreik haben sich am Freitag auch die städtischen Beamten angeschlossen. Bei dem Zusammenstoße bei Wolfsum hatten die Braunschweiger Revolutionstruppen vier Tote und 14 Verwundete. Seit Dienstag ist keine Zeitung erschienen. Nur der unabhängige „Volksfreund" gibt täglich ein Mitteilungsblatt über die Streiklage aus.

Ein Aufruf der sächsischen Unabhängigen.

WTB. **Leipzig**, 14. April. Der Landesvorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Sachsens veröffentlicht einen Aufruf, in dem es mit Bezug auf die Vorgänge in Dresden unter anderem heißt:

„Wir verabscheuen den Mord und die Gewalt. Deshalb verwerfen wir den Mord, ob er an Liebknecht, Luxemburg, Eisner, Auer oder Neuring verübt wird. Wir bestreiten aber der Regierung das Recht, aus einem isolierten Vorgange die Verhängung des Belagerungszustandes und des Standrechtes für Sachsen herzuleiten. Wir fordern das sofortige Wohl Sachsens auf, gegen den Grenzschutz, gegen die Bewaffnung des Bürgertums, gegen die Bildung Weißer Garden, gegen die Verwendung von Truppen gegen streikende Arbeiter, gegen den Belagerungszustand und die Entsendung von Noske-Garden Protest einzulegen und jede Gelegenheit zu benutzen, diesen Protest zum Ausdruck zu bringen." Der Aufruf schließt: „Laßt Euch nicht einschüchtern. Eure Stärke ist Eure Arbeitskraft. Ruhig Blut bewahren und nicht provozieren lassen. Mächtiger als Handgranaten und Maschinengewehre ist der siegreiche Gedanke des Sozialismus."

Holländische Lieferungen für Deutschland.

WTB. **Amsterdam**, 14. April. Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge setzen sich die Lebensmittel, die nach der jetzt erfolgten Einwilligung der Alliierten aus den Niederlanden nach Deutschland ausgeführt werden dürfen, aus 2000 Tonnen Fett, 2000 Tonnen Speck, 1000 Tonnen Butter und 30 000 Tonnen Kartoffeln zusammen. Wegen der finanziellen Schwierigkeiten in den Ausfuhrverhandlungen zwischen den Niederlanden und Deutschland ist noch kein Uebereinkommen erzielt. Es wird jedoch eine baldige Regelung erwartet.

Der 1. Mai doch allgemeiner Feiertag.

Weimar, 14. April. (Drahtnachricht.) Die Regierungsvorlage, welche den 1. Mai als Nationalfeiertag erklären wollte, hat in den Kreisen der Mehrheitsparteien lebhaften Widerspruch gefunden. Sie wäre bei der Abstimmung abgelehnt worden. Man beeilte sich vor allem, daß das Kabinett sich über dieses Gesetz nicht vorher mit den Parteien verständigt habe. Die Vorstände der Mehrheitsparteien traten noch einmal heute zusammen und beschlossen auf demokratische Anregung hin einen Kompromißantrag, welcher von den Demokraten und Sozialdemokraten in ihren Fraktionssitzungen angenommen wurde, aber von der überwiegenden Mehrheit des Zentrums abgelehnt wird. Immerhin darf seine Annahme im Plenum als sicher gelten. Der Antrag v. Bauer und Müller-Breslau lautet: Die Nationalversammlung wolle beschließen: Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes geweiht ist und für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und nach Verabschiedung der Verfassung. In diesem Jahre wird er am 1. Mai gefeiert. Zugleich erfolgt eine Volkskundgebung für den politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbund. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschrift als allgemeiner Feiertag.

Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Weimar, 14. April. (Eig. Drahtnachricht.) Das preußische Staatsministerium hat bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Nationalversammlung wieder nach Berlin zu verlegen. Dieser Antrag kommt den Wünschen der Weimarer Bevölkerung entgegen, welche sich lebhaft gegen die weitere Anwesenheit der Nationalversammlung in Weimar wendet. Der Antrag wird heute abend in einer Kabinettssitzung behandelt werden. Die Regierung wird wahrscheinlich beschließen, den Antrag selbst anzunehmen, aber die Verlegung der Nationalversammlung nach Pfingsten vorzunehmen.

Kämpfe mit Berliner fliegenden Händlern.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtnachricht.) Ein Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und fliegenden Händlern ereignete sich heute um 12 Uhr in der Gegend der Weinmeister- und Münzstraße. Um dem Hehlerunwesen zu begegnen, hatte das Alexandrenregiment heute wieder einen starken Absperrungskordon um das erwähnte Stadtviertel gezogen. Die zahlreichen Händler widersetzten sich gewaltsam ihrer Verhaftung, und so kam es zu einem Feuergefecht, in dem es eine Anzahl von Toten und Verwundeten gab. In den ersten Nachmittagsstunden trat eine Pause ein. Die Feuerwehr brachte die Toten und Verwundeten in mehreren Wagen nach der Absperrstation. Das ganze Viertel ist stark abgesperrt. Die Straßenbahnwagen werden umgeleitet.

Doch ein Ultimatum Wilsons?

Lugano, 14. April. (Eigene Drahtnachricht.) Laut Daily Expreß hat Wilson dem Rat der Vier folgende Frage mit äußerster Klarheit gestellt: Entweder den Frieden auf der Grundlage der 14 Punkte, oder Amerika zieht sich von der Konferenz zurück.

Bolschewistische Mordtaten im Budapest.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtnachricht.) Das 8-Uhr-Abendblatt veröffentlicht folgende Meldung unter Vorbehalt: Eine höhere Persönlichkeit erhielt von einem absolut zuverlässigen Gewährsmann, der Budapest in den letzten Tagen verlassen hat, Mitteilungen so grauenhafter Art, daß selbst die bolschewistischen Verbrechen in Rußland daneben verblassen. Danach haben die dortigen kommunistischen Machthaber den ehemaligen Polizeidirektor und Ersatzmann Josefy, den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle und den früheren Handelsminister Baron Joseph Szterenyi im Budapester Sammelgefängnis ermorden lassen. Der Gewährsmann berichtet weiter, daß die Nachrichten, die aus Ungarn ins Ausland kommen, fast durchweg unrichtig sind, da die Machthaber nur ihnen günstig lautende Berichte verbreiten lassen. Die ungarische Bevölkerung lebt unter dem Drucke einer verbrecherischen Regierung, die mit allen Mitteln des Terrors jede gegnerische Meinung unterdrückt, und ihre Herrschaft, von der sie sich keine allzulange Dauer verspricht, mit allen Mitteln der Gewalt zu erhalten sucht. Eine Aktion der Entente wird von der überwiegenden Mehrheit des Landes herbeigesehnt, um den heute herrschenden Zuständen ein Ende zu bereiten.

Halle und Umgegend.

Halle, den 15. April 1919.

Weitere Plünderprozesse.

Aufruhr und Landfriedensbruch. — Schüsse vom Stadttheater aus. — Wer hat die Plünderungen inszeniert?

In der ersten Schwurgerichtssitzung am 12. April unter dem Vorsitze des Herrn Landgerichtsrats Hoffmann wurden als Geschworene ausgelost die Herren Kaufmann Paul Polte (Mittelstedt, Okmann), Maschinenmeister Ernst Enke (Halle), Gutsbesitzer Rich. Lehnert (Mörlitz), Kaufmann Karl Heuber (Halle), Gutsbesitzer Alwin Winter (Löbejün), Postassistent Paul Blümdorf (Halle), Eisenbahnsekretär Herm. Herfurth (Halle), Gutsbesitzer Karl Reichmann (Cölme), Agent Rich. Eccius (Halle), Gutsbesitzer Karl Böttcher (Raunitz), Professor Rich. Urbach (Halle), Privatmann Artur Schwickert (Merseburg). Die Anklagebehörde vertrat Staatsanwaltschaftsrat Sack, die Verteidigung lag in den Händen der Herren Rechtsanwälte Spitzius (für Hoffmann, Becker und Vetter) und Dr. Offer (für Müller und Spott).

Vor den Schranken des Gerichtes standen der Dreher Otto Hoffmann, der Arbeiter Karl Becker, der Maurerlehrling Otto Vetter, die drei in Seeben, der Fleischer Otto Müller, der unter der Arbeiter-Wehr-Spott, sämtlich noch nicht bestraft, beschuldigt des Teilnahme an einem Aufruhr. Becker, geb. 1904, hatte am Sonntag, den 2. März, nachmittags den vier Jahre älteren Hoffmann besucht und ihn veranlaßt, mit nach Halle zu kommen, wo wieder was los sein würde; er habe tags vorher schon in Halle sich aufgehalten und an den Plünderungen beteiligt. Tatsächlich war Becker am Sonnabend im Auftrage seiner Mutter in Halle gewesen, hatte sich dort bis in die Nacht hinein aufgehalten und den Kämpfen in der Gr. Steinstraße zugesehen, wo er auch von einem Soldaten ein Gewehr erhalten haben will; bei den Plünderungen in der Gr. Ulrichstraße hat er sich mehrere Sachen angeeignet, die auf der Straße gelegen haben sollen. Hoffmann war zum Mitgehen nach Halle bereit unter der Bedingung, daß Becker nicht schießen werde; als Dritter im Bunde ging der 18jährige Vetter mit. Als sie gegen ½5 Uhr in Halle ankamen, waren schon Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Spartakisten im Gange, Becker ging daher gleich auf die Terrasse des Stadttheaters, wo schon 15—20 Spartakisten anwesend waren, während Hoffmann und Vetter sich in die Anlagen zwischen Stadttheater und Universität begaben, von wo sie die Vorgänge am Theater verfolgen konnten; Becker hat, was er auch nicht leugnet, in keiner Stellung einige Schüsse in der Richtung nach der Hauptpost abgegeben. Später haben sich die drei Angeklagten wieder zusammengefunden, sind dann in der Gr. Ulrichstraße gewesen, wo gegen 8 Uhr eine allgemeine Plünderung begann, an der sich die Angeklagten beteiligt haben.

Die Geschworenen bieten Hoffmann des schweren Landfriedensbruches, Becker des schweren Aufruhrs und des schweren Landfriedensbruches schuldig, daß laß Becker bezüglich des Aufrufes die Erkenntnis der Strafbarkeit nicht gehabt haben; Hoffmann und Becker wurden mildernde Umstände zugebilligt. Vetter wurde des schweren Landfriedensbruches schuldig befunden, aber da er die Erkenntnis der Strafbarkeit nicht gehabt habe, freigesprochen; er wird jedoch einer Erziehungsanstalt überwiesen werden. Hoffmann erhielt ein Jahr neun Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, Becker zwei Jahre Gefängnis, nach verbüßter Strafe wird Becker eine Erziehungsanstalt überwiesen werden.

Der 1898 geborene Müller ist am 1. März gegen 3 Uhr nachmittags aus der Matrosenschreibstubenkompagnie entlassen, nachdem er vorher bei der Matrosenartillerie in Flandern gedient hatte, nach seiner Entlassung aus dem Lazarett in Antwerpen ist er nach Halle gekommen, veranlaßt durch einen Freund. Nach der am 1. März erfolgten Auflösung der Matrosenschreibstubenkompagnie (der Staatsanwalt bezeichnete sie als eine

Gesellschaft von Verbrechern, die die gesamten Plünderungen inszeniert hat)

ist fast das ganze Korps zur Brunnenschule gegangen, wo es bewaffnet und von einem Führer aufgefordert wurde, sich später auf dem Reichsplatze einzufinden. Etwa 70 Mann hatten sich dann doch auch eingefunden, auch Zivilisten sind dabei gewesen, es sollte aber nichts unternommen werden, bevor die Leipziger kämen. Das ganze Korps hatte sich geschlossen nach den Thaliasälen begeben. Am Sonntag, den 2. März, hat Müller mit an der Ecke Gr. Steinstraße—Gr. Ulrichstraße gestanden und mit

auf die Regierungstruppen geschossen,

die das Feuer erwidert haben, wobei zwei Mann gefallen sind. Der 1847 geborene Spott ist am 2. März abends zu Hause gewesen und dann von Müller mitgenommen worden, worauf sie bei S. Metz mit geplündert haben. Die Geschworenen bejahten bei Müller die Schuldfragen nach schwerem Aufruhr und nach schwerem Landfriedensbruche, verneinten aber mildernde Umstände; bei Spott bejahten die Geschworenen die Schuldfrage nach schwerem Landfriedensbruche und die Frage nach mildernden Umständen. Das Gericht verurteilte darauf Müller zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und zu zehnjährigem Ehrverlust; Spott erhielt ein Jahr Gefängnis, worauf drei Wochen der Untersuchungshaft als verbüßt in Anrechnung gebracht wurden.

Die diesjährigen Osterversetzungen

dürften wieder Familienvätern Sorge und Enttäuschung bereitet haben. Nach vierjähriger Entbehrung sind in, wie bekannt, viele Stadtkinder mehr oder weniger in ihrer körperlichen und geistigen Entwickelung zurückgeblieben. Wäre es da nicht angebracht, auch hier etwas gutzumachen und die Versetzungen einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen. Dies würde um so zweckmäßiger sein, als gerade die Eltern dieser Kinder nicht zu den Eier- und Butterexzessen gehören. Diese ewig hungerigen Kinder, von denen zu Hause kein Vorrat steht, können in der Schule nicht dasselbe leisten wie andere glücklichere Genossen (Kinder vom Lande und von vermögenden Vätern).

Es ist Zeit, auch diesen Jammer auszuschneiden und ihr wenigstens dieses Jahr als Beginn einer neuen Zeit gutzumachen.

Das Schuljahr würde nach meiner Ansicht nicht leiden, wenn mal dieses Jahr die alten Sprachen bei der Beurteilung ausschalteten. Ein Teil der Unzufriedenheit würde verschwinden.

Leider hängt ein Teil der Lehrer zu sehr am altbergebrachten, so daß es ohne Nachhilfe von oben nicht geht. Wenn ein Kind auf dem Gymnasium in den praktischen Fächern genügt, dürfte das Latein wohl außer Betracht bleiben können.

Herrnhuter Brüdergemeine. Karfreitag 3 Uhr im Domgemeindehaus, Kl. Klausstr. 12, Feier der Todeskunde Jesu für jedermann, Sup. Schmidt.

Provinzial-Nachrichten.

‡ **Nietleben**, 14. April. (Feuer.) Auf der Schweelerei der Grube „Neugliß" entstand in der Nacht vom Donnerstag zur Freitag ein Fabrikbrand, der Holz- und Gasschuppen verursachte. Der Brand konnte durch die Ortsfeuerwehr rechtzeitig lokalisiert werden.

* **Könnern**, 14. April. (Dreifache Hochzeitsfeier.) Die Invalid Maasichen Eheleute feierten heute die goldene, ihre Kinder, die Arndtschen Eheleute, die silberne und die Pflegetochter die grüne Hochzeit.

† **Seeltitzdt**, 14. April. (Einheitsschule.) Mit Beginn des neuen Schuljahres soll der Ausbau der hiesigen Volksschule nach den vom Kultusministerium gegebenen Richtlinien der Einheitsschule in Angriff genommen werden. Schulgeld wird voraussichtlich nur für die Schüler erhoben werden, deren Eltern ein Einkommen von 4000 Mark und darüber haben.

Glauchau, 14. April. (Ein Geschäft.) Unter dieser Stichmarke schreibt das „Glauchauer Tageblt.": Dieser Tage ist eine Ladung Speck hier eingegangen, die von der Stadt bereits Ende vorigen Jahres gekauft war und schon Anfang Januar eintreffen sollte. Eine niedliche Ueberraschung gab es allerdings, als die Sendung geöffnet wurde und die erste Speckseite mit dem schönen Stempelaufdruck „Schlachthof Glauchau" den mit der Abnahme betrauten Männern entgegenstrahlte. Also eine Art naturalisierter Speck, der trotz der unsäglichen Reise hier in Glauchau seinen Ursprung hat, von Hausschlachtungen stammt, für die Rüstungsarbeiter bestimmt war und mit 2,20 oder 2,10 Mark das Pfund verzollt wurde. Jetzt muß die Stadt für diesen Inlandsspeck 18 Mark, also das Fache des Einkaufspreises, bezahlen! Früher ist wiederholt erklärt worden, daß die vom Staat mit der Verwaltung der Rohrausmittel betrauten Gesellschaften nur zum Nutzen der Allgemeinheit arbeiteten; hier liegt aber doch ein Wucher vor, der jeder Beschreibung spottet. Wer verdient das Geld an diesem Kettenhandel mit sich selbst? Anderen Städten ergeht es ebenso.

* **Stendal**, 14. April. (Kreiswohlfahrtsämter.) Den fünf altmärkischen Kreisen hat der Kommunallandtag der Altmark aus Ueberschüssen der Kommunalständischen Sparkasse einen Gesamtbetrag von 175 000 Mark überwiesen, die nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl verteilt werden und zur Einrichtung von Kreiswohlfahrtsämtern dienen sollen.

† **Leisiau**, 11. April. (Der Pfarrer als Gemeindevorstand.) Unser Ortsgeistlicher A. Brätigam, der gleich zu Beginn des Krieges als „Kriegsschulze" gewählt worden war, hat sich als solcher so gut bewährt, daß ihn die Gemeinde jetzt auch für die Friedenszeit zum Ortsvorstand wählte.

? **Tangermünde**, 14. April. (Für die beiden Plünderungen angerichteten Schäden) verlangt die Intendatur von der Stadt einen Schadenersatz von 2 Millionen Mark. Der Magistrat hat die Forderung abgelehnt, da die Sicherung des Proviantlagers Sache der militärischen Stellen gewesen sei. (Die Forderung der Intendantur muß einigermaßen komisch annuten Red.)

Vermischtes.

„Und wieder Kunstwart." Der Kunstwart teilt in seinen neuesten Hefte mit, daß nunmehr seine Kriegsausgabe, die unter dem Namen „Deutscher Wille" erschien, aufhört, daß er also vom 1. April an wieder als „Kunstwart" erscheint. Die alten Gebiete, deren Bearbeitung das Blatt berühmt gemacht hat, sollen wieder vertreten, die neuen aber deren Pflege ihm unter weite Kreise gewonnen hat, sollen unter geordnet werden; der Umfang wird vermehrt, eine besondere Beilage „Wirtschafts- und Lebensordnung" (die das Deutsche Wirtschaftsmuseum in Leipzig herausgibt) wird den Lesern unberechnet mitgeliefert

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

In den deutschen Rohzuckermärkten herrschte während der Berichtswoche seitweise recht lebhafter Verkehr, der auf die Verteilung der aus der Ukraine stammenden Mengen zurückzuführen war, die bisher noch nicht zur Freigabe gelangt waren. Nebenher liefen auch Verteilungen von Erntevorräten wie Rauchprodukten, über die nach dem anfänglichen Plan erst in den Monaten Mai und Juni verfügt werden sollte. Mit der Mairate ist zum letzten Male die monatliche Erhöhung der Preise um 20 Pf. für den Zentner eingetreten, so daß im Laufe des Betriebsjahres weitere Preisheraufsetzungen für Rohware nicht mehr zu erwarten sind. Denn daß der Wunsch der Fabriken auf nachträgliche Bewilligung von Zuschlägen in Erfüllung gehen könnte, ist nach Lage der Dinge nicht anzunehmen. Die noch im Besitze der Fabriken verbliebenen Zuckermengen dürften in nicht allzu langer Zeit ebenfalls abgefordert werden, so daß der Zeitpunkt baldigst da sein wird, an dem die Hersteller von Rohware sich ungehindert den Vorbereitungen für die kommende Betriebszeit widmen können. Sehr unangenehm wurde die weitere Verzögerung der Beförderungsmöglichkeiten empfunden, die noch dazu mit der durch Ausstände aller Art hervorgerufenen Verzögerung in der Verladetätigkeit zusammenfiel.

Am Raffinadenmarkte hat sich der Verkehr während des Berichtsabschnitts merklich gehoben. Die Kommunalverbände legten die ihnen zugestellten Bezugsscheine für April in erheblichem Umfange zur Einlösung vor, und dadurch kam es zu großen Umsätzen. Auch die Zucker verarbeitenden Gewerbe nahmen Abrufe vor. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zuweisungen an die Zuckerwarengewerbe in allernächster Zeit weiter eingeschränkt werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß der noch vorhandene Zucker nicht einmal dazu ausreicht, um die Verteilung an die Haushaltungen aufrecht erhalten zu können. Ueber die in einzelnen Bezirken, so in Berlin, stattgefundene Belieferung mit unraffiniertem Rohware wird allgemein geklagt, und eine Wiederholung sieht man am liebsten vermieden. Die Mißerfolgen nahmen wieder, namentlich auf dem Wasserwege, großen Umfang an.

Die Aussichten für den diesjährigen Rübenanbau haben sich noch nicht gebessert, obwohl der Beginn der Rübenaussaat vor der Tür steht und in einzelnen Bezirken bereits in der nächsten Woche erfolgen dürfte. In den beteiligten Kreisen ist übereinstimmend die Ansicht vertreten, es werde gegenüber dem Anbau des Vorjahres zu einer bedeutenden Einschränkung kommen, falls es nicht bezeiten gelingt, die Arbeiterfrage durch Bereitstellung der fremden Saisonarbeiter zu lösen. N-N.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. in Magdeburg.

Die Abschluß- und Bilanzziffern für 1918 haben wir bereits veröffentlicht. Dem nun vorliegenden Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Angaben:

„Die Geschäftstätigkeit hat sich im abgelaufenen Jahre bis zum Eintritt der umstürzenden Verhältnisse im November ungefähr so abgewickelt wie im Vorjahre. Die Umsätze sind von 12 257 790 224 Mk. auf 19 001 245 861 Mk. von einer Seite des Hauptbuches gestiegen. Die Zahl der Konten hat sich von 105 183 auf 131 708 erhöht. Die fremden Gelder betrugen 457 957 179 Mk. am 31. Dezember 1917 und 676 395 143 Mk. am 31. Dezember 1918, mithin ist eine Zunahme von 218 437 964 Mk. zu verzeichnen. Unsere kurz- und langfristigen Verpflichtungen werden durch flüssige Mittel, unter welchen wir Kasse, Wechsel (ausschl. eigene Ziehungen), Lombards, gedeckte Warenbevorschussungen und börsengängige Effekten verstehen, zu 94,8 Prozent, gegen 93,3 Prozent im Vorjahre, gedeckt. Die Unkosten haben eine ganz beträchtliche Steigerung erfahren, und zwar ist diese selbe, abgesehen von den ständig steigenden Ausgaben für Bureaubedarf, in erster Linie auf die erheblichen Gehaltsaufbesserungen, die wir unseren Angestellten zu teil werden ließen, sowie auf die Gewährung der sogenannten Entschuldungsbeihilfe zurückzuführen. Es ergibt sich eine Steigerung dafür für unsere Beamten aufgewendeten Summen um 2 724 099 Mk. im Vergleich zum Jahre 1915, das sind 4,54 Proz. unseres Aktienkapitals. An Abschreibungen haben wir den Betrag von 496 633 Mk. vorgenommen, worin eine bedauerlicherweise vorgekommene größere Unterschlagung unseres früheren, während des Krieges eingestellten Vorstehers in Schöneck a. E. in Höhe von 215 000 Mk. enthalten ist, während sich die restlichen Abschreibungen, abgesehen von kleineren Posten, in der Hauptsache auf Verluste beziehen, die aus der Abwicklung von Geschäften früher übernommener Banken und Bankfirmen herrühren. Auf der Aktivseite unserer Bilanz weist der Wechselbestand eine beträchtliche Erhöhung auf, die durch den Erwerb von Schatzscheinen entstanden ist. Bezüglich der Effekten- und Konsortialkonten bemerken wir, daß wir im abgelaufenen Jahre unsere verschiedenen industriellen Beteiligungen zum Teil ganz abgestoßen, zum Teil ganz erheblich reduziert haben, was durch die Abnahme des Konsortial-Kontos von 8 347 737 Mark auf 2 289 915 Mk. zum Ausdruck kommt. Unser Besitz an Braunschweiger Kohlenwerke-Aktien ist unverändert geblieben, dieselben erbrachten wiederum 15 Prozent Dividende. Unsere hauptsächlichsten dauernden Beteiligungen bei einer Reihe von Banken rentieren wie folgt: Thüringische Landesbank Aktiengesellschaft, Weimar, 9 Proz. Dividende, Hessischer Bankverein Aktiengesellschaft, Cassel, 7 Proz., per 1. Juli 1918, Freiherer Bankverein Aktiengesellschaft, Freiberg, 6 Proz., Vereinsbank zu Colditz 8 Proz. (vorgeschlagen). Unsere Kommanditen Aschersleb ener Bank Gerson, Kohen & Co., Aschersleben, und Gebr. Oberländer, Gera, haben im abgelaufenen Jahre sehr günstig abgeschnitten. Auch im Jahre 1918 haben wir eine weitere Ausdehnung unseres Filialnetzes vorgenommen, indem wir verschiedene kleine Banken und Bankfirmen unserm Institut angegliedert haben. Im neuen Geschäftsjahre kommt es in erster Linie darauf an, alle Kräfte einzusetzen für einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens; hierzu ist vor allen Dingen ein baldiger Friede, ganz besonders auch im Innern, notwendig."

Die Dividende wird bekanntlich mit 7 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag gebracht.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund.

Die zuversichtlichere Stimmung, die sich in der Vorwoche auf dem rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte durchsetzen konnte, hielt in der abgelaufenen Berichtswoche unvermindert an. Infolge der weiteren Zunahme der Streikbewegung im Ruhrgebiete und der Ausrufung der Räte-Republik in München und einigen anderen bayrischen Städten trat im Verlauf der Woche eine Abschwächung ein. Das an den Markt gelangende Angebot nahm jedoch keinen größeren Umfang an, wenn die Aufassung beitrug, daß es der Regierung gelingen wird, die Arbeitswilligen gegen den Terror einer Minderheit zu schützen.

Im Kohlenkuxenmarkte zeigte sich Nachfrage nach Ewald, König-Ludwig und Lothringen, auch für Langenbrahm waren verschiedentlich Käufer am Markte. Von mittleren Werten konnten bei unverändert Kursen Hermann 1—8 leicht gesucht, während Trier und Heinrich weiter im Angebot bleiben. Sonst wurden noch Dierspordt, Maers, Wilhelmine-Mevissen, Blankenburg und Trappe zu letzten Preisen umgesetzt.

Im Kalimarkte hielt die feste Grundstimmung in den ersten Tagen der Berichtswoche an. Später erlitten die Kurse auf die oben erwähnten Ereignisse hin eine mäßige Einbuße. Bei Berichtsabschluß zeigte sich jedoch auf die günstigen Aussichten in der Gewerkenversammlung der Glückauf-Sondershausen-Gruppe hin erneute Kauflust bei anziehenden Preisen. Von schweren Werten waren Glückauf-Sondershausen, Neustaßfurt, Friedenshall begehrt. Von mittleren Werten vollzogen sich größere Umsätze in Carlsfund, Einigkeit, Hansa-Silberberg, Siegfried I und Johannshall. Mehrfach beachtet blieben auch die Werte der Ilsetrust-Gruppe, von denen Bernsdorf, Burggraf und Richard höhere Kurszahlen etwas erhöhen konnten. Lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Westeregeln und Aller-Hammonia, die zu steigenden Preisen aus dem Markte genommen wurden. Von elsässischen Werten konnten im Verlaufe der Berichtswoche Max, Marie und Marie-Louise bei regeren Umsätzen ihren Kurs um etwa 700 Mk. erhöhen, vermochten aber ihren Höchststand nicht ganz zu behaupten. Angeregt durch die Erklärung einer Jproz. Dividende bei den hallischen Kaliwerken nahm die Geschäftstätigkeit auf dem Kaliaktienmarkte zeitweise lebhafte Formen an. Hallische Kaliwerke-Aktien gewannen etwa 15 Prozent, Adler Stamm-Akt. und Teutonia-Aktien etwa 10 Prozent, Ronnenberg, Justus, Feldburg und Hannoversche Kaliwerke-Aktien etwa 8 Prozent, beschließen jedoch die Berichtswoche einige Prozent unter den Höchstkursen.

Die übrigen Märkte blieben bei mangelndem Interesse des Publikums fast geschäftslos bis auf Neuterwerte und Industrieobligationen, die fortgesetzt sich lebhafter Beachtung erfreuen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 14. April. Im heutigen Börsenverkehr kam neben weitgehender Zurückhaltung im großen und ganzen das Gefühl der Unsicherheit zum Ausdruck. Der Sturz der Räteregierung in München wirkte zwar anregend belebtigend; später jedoch gewannen die Befürchtungen in den nach beiden innen- und außenpolitischen Fronten. Schwierigkeiten, insbesondere auch wegen der Fortdauer der Angestelltenstreikbewegung, nachteiligen Einfluß. Das verhinderte aber nicht, daß wiederum einige ausländische Werte, wie Canada, und ferner Montanwerte mit linksrheinischem Besitz zum Teil beträchtliche Kursbesserungen erlangten. Auch Farbwerte stellten sich etwas höher. Ferner sogen vereinigte Köln-Rottweiler, Daimler sowie von Elektrizitätswerten Felten & Guilleaume bemerkenswert an. Am Anlagemarkt blieben es bei geringen Umsätzen. Die Kursveränderungen sind geringfügig. Die Börse schloß nach Schwankungen befestigt. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Werte waren ungefähr mäßig. Deutsche Anleihen fest.

Devisenkurse.

Berlin, 14. April.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute		Vorriger Ta.	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 G.	3 2.00	322.30	312.00	312.50
Dänemark	100 Kr.	315 00	315.50	310.00	310.50
Schweden	100 Kr.	334 75	335.25	329.75	330.25
Norwegen	100 Kr.	324.75	325.25	319.75	320.25
Schweiz	100 Fr.	258.75	259 00	—	—
Oesterreich	100 K.	44.95	45.05	44.95	45.05
Ungarn		—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—

Konsortialanzeige: Geld —.— Brief —.—
für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 186.00 Brief 187.00
für 100 Peseten.
Helsingfors 123.75 124.25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 14. April. Das Geschäft im Produktenverkehr bleibt ruhig und zeigt keine wesentlichen Aenderungen. Im Rübenhandel sind die Käufer nach wie vor zurückhaltend, da die Saat infolge der langen Transportzeit verdorben hier ankommt. Mit der fortschreitenden Jahreszeit nähert sich der Sämereienverkehr dem Ende. Kleesaaten und Saatbaser sind knapp. Senfabella liegt andauernd matt. Die Preise sind indessen nicht weiter zurückgegangen. Im Rauhfuttergeschäft nichts Neues.

A. Schaafhausenscher Bankverein in Köln.

In der Generalversammlung des Instituts ist die Dividende auf 7 Proz. festgesetzt worden. Die Dividende ist also die gleiche wie in 1917, nachdem sie in 1916 6 Proz. und in 1915 nur 5 Proz. betragen hatte.

Berlin-Anhaltische Maschinenbauanstalt A.-G.

Die Bilanz zeigt einen Reingewinn von 2 368 717 (2 312 335) Mk. Es wurde die Verteilung einer Dividende von wieder 12 Proz. vorgeschlagen, dem Reservefonds II wurden 400 000 Mark, dem Unterstützungsfonds 250 000 Mark überwiesen.

Pretitz-Annaburger Kleinbahn-Aktiengesellschaft in Berlin.

Bei einer Betriebseinnahme von 78 002 (i. V. 67 376) Mk. ergibt sich ein Betriebsüberschuß von 15 903 (15 823) Mk. Hierzu treten Wagenmiete mit 2755 (3256) Mk. und Zinsen mit 576 (524) Mk. Demgegenüber erforderten Bauschuldzinsen 13 393 (13 688) Mk., Betriebsverlust 1811 (i. V. 0) Mk. Rücklagen zum Erneuerungsfonds wieder 2970 Mk., Rücklage in den Spezialreservefonds für außergewöhnliche Reparaturen 1000 (2800) Mk., so daß eine Dividende wie bisher nicht zur Ausschüttung gelangt.

Franz Braun Werkzeugmaschinenfabrik, A.-G. in Zerbst.

Bei 768 260 (928 245) Mk. Rohgewinn ergeben sich für 1918 nach 172 212 (281 262) Mk. Abschreibungen 176 941 (304 844) Mk. Reingewinn zu folgender Verwendung: 7 (10) Prozent Dividende 140 000 (200 000) Mk., Rücklage 15 000 Mk., Gewinnanteile 4840 Mk. und Vortrag 17 101 (33 541) Mk. Bei Abschluß des Berichts war das Unternehmen für mehrere Monate des neuen Jahres mit Aufträgen versehen.

Hilfswerk A.-G. in Dresden.

Im abgelaufenen Jahre haben die Werke den Bau von Lastautos für Heereszwecke aufgenommen. Die für die Heereslieferungen getroffenen Einrichtungen können aber zum Teil nicht weiter verwendet werden. Es müssen daher 453 698 (291 168) Mk. abgeschrieben werden. Der Rohgewinn beträgt nach Abzug sämtlicher Unkosten und der Kriegssteuerrücklage 860 299 (981 201) Mk. Nach Abzug der genannten Abschreibungen verbleibt ausgleich 368 980 (364 474) Mk. Vortrag ein Reingewinn von 870 586 (1 064 508) Mk. Daraus werden wieder 12 Prozent Dividende verteilt und 317 697 (363 960) Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Zurzeit ist das Unternehmen mit Aufträgen reichlich versehen. Der weitere geschäftliche Verlauf hängt von der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ab.

Die Arbeitsstreitigkeiten bei der „Ilse" Bergbau-A.-G.

In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1918 teilt die Gesellschaft mit, daß eine Abhellung des seit Jahren bestehenden Arbeitermangels nicht zu erreichen war. Unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandes legten die im Abraumbetrieb beschäftigten 2400 Kriegsgefangenen die Arbeit nieder. Die Folge war die Stillegung dieser Betriebe. Durch die plötzliche Einführung des Achtstundentages setzte dann der Arbeitermangel eine empfindliche weitere Steigerung. Der Mehrbedarf allein durch diese Umwälzung betrug rund 2000 Arbeitskräfte. Die Werke konnten daher alle nur noch mit erheblichen Einschränkungen arbeiten, und eines der größten kam völlig zum Erliegen. Die Maßnahmen zur Verbesserung eines größeren Zuzugs neuer Arbeitskräfte hatten bis Jahresende nicht den angestrebten Erfolg. Inzwischen hat eine Arbeiterzusammenstellung stattgefunden, der ausstehte, um die Wiederaufnahme der Abraumbetriebe vorzunehmen. Die Erstellung einer befriedigenden Brikettierzeugung wird aber erst nach Beschaffung der vollzähligen Arbeitskräfte gewährleistet sein. Nach Abzug der Unkosten sowie von Abschreibungen in Höhe von 4 468 302 Mk. (i. V. 4 097 993 Mk.) ergibt sich für 1918 aus 15 528 302 Mk. Rohgewinn (14 599 5459) ein Ueberschuß von 4 944 097 (5 039 582) Mark, aus dem eine Dividende von 22 (26) Prozent zur Ausschüttung gelangen soll.

Saline und Solbad Salzungen.

Der Aufsichtsrat schlägt für 1918 eine Dividende von 4½ Pros. (wie i. V.) vor. Die Generalversammlung findet am 9. Mai statt.

Die Entente und die Sozialisierung des Saarkohlenbergbaus.

Die Vertreter der französischen Regierung erklärten, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues im Saargebiet unter keinen Umständen zu dulden. Auch England verbietet eine solche im linksrheinischen Kohlengebiet, wo bekanntlich neben bedeutenden Steinkohlenzechen die gesamten Braunkohlenbergwerke liegen.

Zum Verkauf der Gelsenkirchener Hütten in Luxemburg

wird gemeldet, daß nunmehr zwischen der Akt.-Ges. Schneider & Cie.-Creuzot und den Vereinigten Hüttenwerken Burbach-Eich-Düdelingen eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden ist, die den gemeinsamen Erwerb und Verwaltung des Luxemburger Besitzes der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft bezweckt.

Norddeutsche Hütte A.-G. in Bremen.

Der Aufsichtsrat schlägt wieder 10 Pros. Dividende und 10 Pros. Bonus (i. V. 100 Mk. in Kriegsanleihe) bei erhöhten Abschreibungen vor.

Ein neues Verfahren zur bedeutend verbilligten Herstellung von Gas.

Der Direktor der Gasfabrik in Bergen und ein Chemiker haben ein neues Verfahren zur Herstellung von Gas entdeckt. Das Verfahren soll die Kosten des bisherigen um 80 Pros. verringern und die Herstellung von 500 Kubikmeter Gas statt 200 aus einer Tonne Kohle ermöglichen.

Nunweek Schmutte- und Tonwarenfabrik A.-G. vorm. J. N. Geith in Destau.

Nach dem Bericht des Vorstandes für 1918 hielt während der ersten Hälfte des Berichtsjahres die starke Nachfrage nach den feuerfesten Erzeugnissen der Gesellschaft weiter an. In der zweiten Hälfte flaute dieselbe etwas ab, um am Ende des Berichtsjahres einer lebhaften Anforderung der Fabrikate für den Baubedarf Platz zu machen. Die sämtlichen Fabriken mit Ausnahme des durch das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst stillgelegten Betriebs „Dartsteinauf" waren laufend stark beschäftigt, so daß eine erhebliche Zunahme der Warenumsätze erzielt werden konnte. Nach Absetzung der Unkosten und nach Abschreibungen von 183 181 (i. V. 156 303) Mk. verbleibt zusätzlich 33 470 Mark Vortrag ein Reingewinn von 220 167 (165 702) Mk. zu folgender Verteilung: 8½ (6) Prozent Dividende gleich 127 500 Mk., Zuweisung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter 10 000 (—) Mk., Tantiemen und Vergütungen an Vorstand und Beamte 24 478 (8332) Mk., Tantieme des Aufsichtsrats (6058 (5000) Mk., Kriegssteuerrücklage 28 000 (—) Mk., Vortrag auf neue Rechnung 24 131 (33 470) Mk.

Vereinigte Strohstoff-Fabriken A.-G. in Coswig.

Der Aufsichtsrat schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 10 (12) Prozent vor.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 12. April. Weizen: Mai —, Juli —. Mais: Mai 153½, Juli 151, Sept. 145. Schmalz: Mai 29,97, Juli 28 90. Bark: Mai 50,45, Juli 44.55. Rippen: Mai 27,87, Juli 25,85 Hafer: Mai 63⅛, Juli 67⅛.

Newyork, 12. April. Winterweizen —. Mais 179½ Mehl 975. Zucker —. Kaffee 16½.

Berliner Börse

vom 14. April 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	100,00
		Dürkoppwerke	275,25
Halberst.-Blankenb.	86,00	Elberfelder Faber.	251,00
Halle-Hettstedter	—	Felten & Guillaume	—
Schantungbahn	154,50	Gasmotoren Deutz	116,00
Alig. Lokal-Str.	134,50	Gebhard & Co.	236,00
Nr. Berl. Str.	120,50	Gebhard & König	—
Magdeburger Str.-B.	—	Gelsenkirchen Berg	174,25
Prinz-Heinrich-B.	206,75	Gleuziger-Zuckerfbk.	234,50
Orientbahn	245,00	Hallesche Maschfbk.	301,00
		Henn. Masch.	290,00
Schiffahrts-Aktien:		Harpener Berg	152,00
		Hasper Eisen	135,50
Hambg. Paketfahrt	100,38	Hirsch Kupfer	200.00
Hambg. Südamerika	182,50	Höchster Farbw.	255,00
Hansa-Dampfschiff.	238,75	Hoesch Eisen u. Stahl	200,00
Nordd. Lloyd.	102,50	Hohenlohe-Werke	107,00
		Humboldt Masch.	125,50
Bank-Aktien:		Ilse Bergbau	—
Bank f. Thür.	—	Kahla Porzellan	283,75
Berl. Handelsges.	146,00	Kaliw. Aschersleben	167,25
Commerz-Diskonto-bank	123,00	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank	117,00	Kyffhäuserhütte	—
Dessauische Landes-bank	—	Lahmeyer & Co.	113,50
Deutsche Bank	216,00	Leuchhammer	149,75
Diskonto-Comm.	174,00	Laurahütte	147,25
Dresdner Bank	150,00	Linke & Hofmann	283,00
Leipzig Credit-Anst.	—	Ludwig Loewe & Co.	242,00
Mitteld. Kreditbank	126,00	Lothringer Hütte	166,50
Mitteld. Privatbank	121,25	Mannesmannröhren	167,00
Nationalbank	—	Oberschl. Eisenb.-Bd.	115 50
Oesterr. Kredit	—	do. Caro Hag.	132,50
Reichsbank	134,50	Phönix Berg.	183,50
		Rhein. Metall-Vorz.	172,00
Industrie-Aktien:		Rhein Stahlwerken	136,00
		Riebeck. Montan	164,50
Schultheiss-Brauerei	247,00	Rombacher Hütten	162,50
Akt. f. Anilin	220,00	Roeltzer Braunk.	164,00
Allgem. Elektr. Ges.	166,12	Rositzer Zucker	132,50
Ammendorfer Papierfbk.	—	Sangerh. Huser Masch.	—
Anhalter Kohlenw.	—	HugoSchneider & Co.	225,50
Annaberger Steingut	182,00	Schuckert & Co.	120,75
Badische Anilin	194,50	Siemens & Halske	—
Bergmann Elekt. Akt.	283,50	Steiniger Vulkan	137,00
Berl. Masch.-Bau	137,50	Stollberger Zinkh	169,50
Bismarckhütte	202,50	Straß, Spielkarten	179,00
Bochumer Gußstahl	183,00	Thale-Eisenhütte	235,25
Chem.-Fabr. Buckau	113,00	Triptis Porzellan	—
Chem. Griesheim	193,00	Türk. Tabakregie	406,00
Chem. Heyden	214,50	Ver. Köln-Rottweiler	218,25
Consolidation Schalk	202,00	Ver Glanzstoff	438,00
Gröllwitzer Papierfbk	208,50	Wegelin & Hübner	148,25
Daimler Motoren	221,00	Werschen-Weißenfelser Braunk.	160,00
Deutsche Luxemburg	148,25	Westeregeln Alkali	221,75
Deutsche Uebersee Elektr.	209,00	Wittener Gußstahl	178,50
Deutsche Erdöl	289,00	Wrede Mälzerei	117,00
Deutsche Gasglühl.	316,00	Zechau - Kriebitsch Braunk.	—
Deutsche Kali	176,00	Zahner Masch.	278,00
Deutsche Waffen u. Mun.	200,00	Zellstoff Waldhof	301,00
Donnersmarkhütte	198,50	Otavi-Minen.	148,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft. Poststrasse (Stadt Hamburg).
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Trinkmann; für Sport, und Briefkasten Heinrich Fleischner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Dendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190415012/fragment/page=0004